

**Tagesordnung II Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 13. März 2013**

Vorlagen-Nr. 12-V-51-0046

**Umsetzung des "Handlungsprogramms zum Abbau herkunftsbedingter  
Bildungsbenachteiligungen"**

---

**Beschluss Nr. 0050**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Jugendhilfeausschuss am 31.08.2011 den „Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden, Teil II: Handlungsprogramm zum Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligungen“ (Anlage 1 zur Sitzungsvorlage) nach umfangreichen Erörterungen auf der Fachebene, einem Hearing und einer Expertise von Frau Prof. Dr. Meier-Gräwe beschlossen hat.
2. Das Handlungsprogramm zum Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung (Anlage 1 zur Sitzungsvorlage) und der Bericht zum derzeitigen Sachstand der Angebote und Maßnahmen im Rahmen des Handlungsprogramms (Anlage 2 zur Sitzungsvorlage) werden zur Kenntnis genommen.
3. Der Magistrat (Dezernat VI/51) wird beauftragt einen Fachbeirat analog zum Fachbeirat „zielgruppenorientierte Elternbildung“ einzuberufen, der die Umsetzung und Fortentwicklung des Programms begleitet und kontinuierlich auswertet. Diesem Fachbeirat sollen insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der freien Wohlfahrtspflege, des Staatlichen Schulamtes, des Gesundheitsamtes, des Schulamtes, des Amtes für Zuwanderung und Integration, der zuständigen Bereiche des Amtes für Soziale Arbeit sowie Vertreter/-innen der Fraktionen angehören.
4. Der Magistrat (Dezernat VI/51) wird beauftragt, gemeinsam mit dem Fachbeirat bis zur Aufstellung des nächsten Haushalts einen schriftlichen Sachstandsbericht zur Umsetzung des Handlungsprogramms, ein detailliertes Monitoringkonzept zur Evaluierung des Handlungsprogramms sowie konkrete Vorschläge zu den im Doppelhaushalt 2014/15 notwendigen Maßnahmen mit Kosten und Finanzierung zu erstellen und dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit vorzulegen. Die Maßnahmen müssen unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen realisiert werden.
5. Der Sachstandsbericht soll eine Bewertung der bisherigen Maßnahmen hinsichtlich der Verwertbarkeit für das Handlungsprogramm enthalten.

(antragsgemäß Magistrat 29.01.2013 BP 0087)

(antragsgemäß Ausschuss für Soziales und Gesundheit 06.03.2013 BP 0045)

(antragsgemäß Ausschuss für Schule und Kultur 07.03.2013 BP 0027)

## Tagesordnung II

Wiesbaden, .03.2013

Horschler  
Vorsitzender